

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Politik der kleinen Schritte

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1979) : Politik der kleinen Schritte, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 6, pp. 262-263

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135321>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

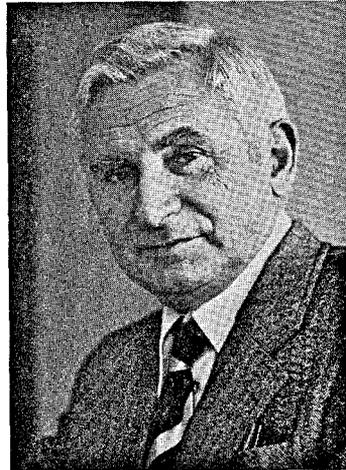
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Politik der kleinen Schritte

Der IG-Metall-Chef Eugen Loderer glaubte kürzlich, deutsche Tochtergesellschaften in Südafrika scharf tadeln zu müssen, weil die meisten von ihnen mit der Berichterstattung über ihre innerbetrieblichen Sozialreformen zugunsten der nicht-weißen Arbeitnehmer im Verzuge wären. Abgesehen davon, daß der Auflagenkatalog, der den Multinationalen im vergangenen Jahre von Gewerkschaftsseite präsentiert wurde, sich mehr durch ideologische als durch realistische Vorstellungen auszeichnete, fragt es sich, wie die IG-Führung reagiert hätte, wenn man ihr einen Fragebogen mit Auflagen zur Herstellung von mehr innergewerkschaftlicher Demokratie vorgelegt hätte.

Doch Loderer muß Rücksicht auf seine kommunistisch unterwanderten Basisgruppen nehmen, deren Mißfallen er schon erregte, als er sich nach seiner Südafrika-Reise, von den Realitäten beeindruckt, gegen einen Wirtschaftsboykott Südafrikas aussprach. So wurde es Zeit für eine kritische Pflichtübung gegen Südafrika, noch ehe dort Reformen Platz greifen, die einer stereotypen Kritik den Wind aus den Segeln nehmen könnten. Die Gewerkschaftsschelte kam dann auch genau in dem Augenblick, als die Berichte zweier von der südafrikanischen Regierung eingesetzten Reformkommissionen veröffentlicht wurden, deren – an der bisherigen Politik gemessen – recht weitgehende Empfehlungen von der Regierung als „in ihrer überwiegenden Mehrzahl akzeptabel“ bezeichnet worden sind.

Während die Riekert-Kommission Vorschläge zur Verbesserung der Freizügigkeit und Lebensqualität der in den „weißen“ Industriezentren lebenden Schwarzen macht, empfiehlt die Wiehahn-Kommission einige grundlegende Reformen der südafrikanischen Arbeitsbeziehungen: Beseitigung der Reste der gesetzlichen „job-reservation“, volle Vereinigungsfreiheit und Gewerkschaftsrechte für Arbeiter aller Bevölkerungsgruppen, Ausdehnung des Betriebsratssystems auf und Öffnung der Lehrlingsausbildung für alle Bevölkerungsgruppen.

Aber auch schon unter den heutigen Verhältnissen in Südafrika entspricht die pauschal diffamierende Behauptung, die schwarze Bevölkerung würde dort durch schmarotzende Weiße ausgebeutet, nicht der Realität. Der statistisch feststellbare Lohnrückstand der Schwarzen ist weniger Ausdruck ihrer Diskriminierung als vor allem die Folge von aus ihrem Entwicklungsrückstand resultierenden Qualifikationsunterschieden. Den privilegierten Weißen kann man allenfalls diejenigen Weißen zuordnen, die ohne die „job-reservation“ ihren Arbeitsplatz an Nichtweiße verlieren würden oder die über die für alle geltenden Mindestlöhne hinaus für die quantitativ und qualitativ gleiche Leistung höhere Einkommen als Nichtweiße erhalten.

Bei gleicher Art der Tätigkeit ohne weiteres gleiche Leistung bei schwarzen und weißen Arbeitnehmern voraussetzen, ist zwar eine häufig zu hörende Voreiligkeit westlicher Kritiker. Wenn dem aber so wäre, ließe sich nicht ausreichend erklären, weshalb sich schwarzafrikanische Länder mit der Konkurrenz auf den Weltmärkten heute nach 20 Jahren Entwicklungspolitik noch immer so unendlich schwertun.

Im Hinblick auf die Einkommensverteilung ist überdies folgendes zu berücksichtigen: Die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft ist in erster Linie die Leistung einer kleinen Minderheit von Organisatoren, Erfindern, Technikern und Unternehmern gewesen, welche die technischen und organisatorischen Innovationen im wirtschaftlichen und politischen Bereich durchführten. In Südafrika wurde die Rolle der Entwicklungseliten von europäischen Einwanderern übernommen, die über die seit Generationen erarbeiteten Kenntnisse und Fähigkeiten Europas verfügten und dementsprechend auch berechtigtermaßen einen Lebensstandard nach europäischem Muster erwarteten. Es lag für sie zunächst kein Grund vor, die schwarzen Arbeitskräfte höher zu entlohnen, als es dem Lebensstandard im schwarzen Stammesverband entsprach. Auch in Europa war der hohe Lebensstandard der Massen nicht sofort gegeben. Hier mußte ein Kapitalbildungsprozeß und ein Anpassungsprozeß der Arbeitnehmer vorausgehen, der viele Generationen in Anspruch nahm. Heute vergessen wir dies allzu gern und gehen fälschlicherweise davon aus, daß wir uns alles in unserer eigenen Generation selbst erarbeitet hätten.

In Südafrika schieben sich also zwei Kulturen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsvoraussetzungen ineinander. Ohne Rücksicht darauf erhebt man aber, je mehr der Entkolonialisierungsprozeß weltweit fortschreitet, desto nachhaltiger, Anspruch auf wirtschaftliche Gleichstellung der schwarzen Bevölkerung, ganz gleich, wie weit der dafür erforderliche leistungsangleichende Anpassungsprozeß schon gelungen ist. Eine überstürzte Einkommensangleichung der schwarzen und weißen Bevölkerung würde zunächst für die Schwarzen nur eine mäßige Erhöhung, für die Weißen eine starke Senkung der Realeinkommen zur Folge haben. Die Nivellierung der Einkommen trotz unterschiedlicher Leistungsbeiträge müßte die Kapitalbildung verringern und die leistungsfähigsten weißen Bevölkerungsteile zur Auswanderung veranlassen, während das schon heute zu starke Wachstum der schwarzen Bevölkerung, mindestens vorübergehend bis zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, noch beschleunigt würde. Es würde sich dann ohne Krieg und ohne blutige Revolution ein ähnlicher wirtschaftlicher Kollaps ergeben, wie wir ihn heute in allen überstürzt entkolonialisierten Ländern des schwarzen Kontinents erlebt haben; und ein Neuanfang der Entwicklung würde vor den gleichen Schwierigkeiten stehen, die uns aus den besonders rückständigen schwarzafrikanischen Staaten zur Genüge bekannt sind.

Verliefe jedoch der Entwicklungsprozeß wie bisher weiter, ohne durch reaktionäre oder revolutionäre Politik behindert zu werden, so würde sich eine Anpassung der Einkommen in dem Maße von selbst ergeben müssen, in dem mit der Kapitalbildung die Zahl der industriellen Arbeitsplätze zunimmt und das Leistungsangebot der Schwarzen sich dem der Weißen angleicht. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß das Ausbildungsniveau der Schwarzen dem wirtschaftlichen Bedarf angepaßt wird und daß deren Bevölkerungszunahme soweit reduziert werden kann, daß der qualitative und quantitative Ausbau des Bildungssystems für Schwarze damit Schritt zu halten vermag und die Entstehung einer „industriellen Reservearmee“ verhindert wird.

Es liegt auf der Hand, daß diese notwendige Anpassung der in ihrer überwiegen- den Mehrheit noch den traditionellen Wirtschafts- und Denkgewohnheiten des alten Afrika verhafteten schwarzen Bevölkerung Südafrikas an die Erfordernisse der modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft nicht von heute auf morgen möglich ist. In Südafrika geht der Nord-Süd-Gegensatz mitten durch das Land. Wer dies begreift, hat den Schlüssel zum Verständnis der südafrikanischen Probleme. Dies einzusehen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, fällt aber paradoxerweise den europäischen Kritikern Südafrikas schwerer als der über- wiegenden Mehrheit der Schwarzen, die klar erkannt hat, daß eine bessere Zukunft nur Schritt für Schritt im Wege der Zusammenarbeit mit dem weißen Südafrika erreichbar ist. Deshalb haben, obwohl sich angesichts der nur sehr langsamen Fortschritte gelegentlich Ungeduld regt, ausländische Agitatoren vorläufig noch keine Chance in Südafrika. Von seiten der Weißen ist heute die Einsicht in die Notwendigkeit einer Abkehr von den diskriminierenden Praktiken der Vergangenheit ebenso vorhanden wie die Bereitschaft zu großen Entwicklungshilfeanstren- gungen für die schwarze Bevölkerung. Wer Südafrika wirklich kennt, weiß, daß der friedliche Wandel schon begonnen hat — aber auch, daß er noch sehr viel Zeit benötigen wird.